

Internationale Konflikte im Wandel

von Ulrich Menzel

Gut 40 Jahre lang, etwa zwischen 1947 und 1989/90, war das internationale System durch die bipolare Struktur des Ost-West-Konflikts geprägt. Auf der einen Seite der „Westen“ unter Führung der Vereinigten Staaten weit über den Mitgliedsbereich der NATO hinaus, auf der anderen Seite der „Osten“, die Staaten des Warschauer Pakts unter Führung der Sowjetunion, ergänzt um einige ideologisch verwandte Partnerländer in der sog. Dritten Welt. Während die USA als eindeutige Hegemonialmacht auftraten, deren Führungsrolle in vielen Teilen der Welt bereitwillig akzeptiert wurde, weil sie durch die Strahlkraft des „american way of life“ über erhebliche soft power verfügten und weil sie Internationale Öffentliche Güter wie wirtschaftliche Stabilität und militärische Sicherheit offerierten, an denen viele Länder nahezu kostenlos zu partizipieren vermochten, hatte die sowjetische Führung eher imperialen Charakter, da sie auf Zwang beruhte und die Sowjetunion sich im Zweifelsfalle nicht scheute, diesen auch auszuüben, wenn ein Land des Ostblocks versuchte, sich ihrer Führung zu entziehen. Es bedurfte schon eines Landes von der Größe Chinas, um das sowjetische Imperium zu verlassen.

Der Ost-West-Konflikt war demzufolge nicht irgendein Konflikt im internationalen System, sondern der Konflikt schlechthin, ausgestattet mit Thematisierungsmacht für zahlreiche andere Konflikte. Auch wenn diese vielfach regionale oder gar lokale Ursachen haben mochten, so wurden sie doch immer durch die Interessenlagen der beiden Supermächte geprägt, wie sich exemplarisch am Nahost-Konflikt demonstrieren lässt.

Diese bipolare Struktur verschwand 1990 nahezu über Nacht. Die Auflösung der Sowjetunion, der Zerfall des Ostblocks, die

Transformation in Osteuropa und die damit einhergehende tiefe Krise führten zu einem dramatischen Machtverfall Russlands als Nachfolger der ehemaligen Sowjetunion, so dass die USA als „einzige Supermacht“ übrig blieben. Macht ist im Unterschied zu Wohlstand ein relatives Gut. Der Machtverfall des einen führt zum Machtgewinn des anderen, auch wenn dieser gar keine besonderen Anstrengungen zur Steigerung seines Machtpotentials unternommen hat. Aus der bipolaren war eine unipolare Konstellation geworden.

Für kurze Zeit wurde damit die Hoffnung auf eine „neue Weltordnung“ verbunden, so der Titel der programmatischen Rede von George W. Bush Senior vom 11.9.1990. Ähnlich wie am Ende des Zweiten Weltkriegs sollte die Ära des Multilateralismus anbrechen, in der sich Frieden, Demokratie und Wohlstand weltweit ausbreiten würden. Nicht erst exakt 11 Jahre später, am 11.9.2001 und dem terroristischen Angriff auf das World Trade Center, wurde klar, dass dies ein Trugschluss sein sollte. Die Welt war keineswegs friedlicher geworden. Der Ost-West-Konflikt hatte paradoxerweise auch eine stabilisierende Funktion gehabt. Die Logik der gegenseitigen Abschreckung hatte nicht nur den großen, sondern auch die vielen kleinen Kriege verhindert, weil die beiden Supermächte über ihren politischen Einfluss, ihre Truppenstationierungen, ihre Militär- und Wirtschaftshilfe ein Stabilisierungsfaktor gewesen waren. Die Reduzierung ihres Engagements führte dazu, dass latent schon immer vorhandene Konflikte auf der Welt sich offenbarten.

Es dauerte einige Jahre, bis die „neue Unübersichtlichkeit“ des internationalen Systems analytisch geklärt war, so dass sich neue Bedrohungsszenarien entwickeln ließen, die die weltpolitische Agenda der Führungsmacht USA bestimmten. Diese findet sich in kondensierter Form in der Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS), ein Grundsatzdokument, das der Präsident in unregelmäßigen Abständen der Öffentlichkeit vorlegt. In der

letzten Version der NSS aus dem Jahre 2006 wurden der Internationale Terrorismus, die Schurkenstaaten, die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und die Existenz von Regionalkonflikten als Hauptbedrohungen des Weltfriedens identifiziert. Zu deren Bearbeitung setzt die amerikanische Regierung nicht nur auf diplomatische Mittel oder wirtschaftliche Sanktionen, sondern bevorzugt auf Militäreinsätze. Die Kriege in Afghanistan zur Bekämpfung des Terrorismus oder im Irak zum Sturz Saddams Husseins als Haupt eines „Schurkenstaats“ und der vorgeschobenen Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen sind nur die prominentesten Beispiele. Im Grunde sollte der Fall Irak zum Modell der Transformation einer orientalischen Despotie in einen demokratischen Rechtsstaat mit militärischen Mitteln werden, der Signalwirkung für die Umwälzung des gesamten Nahen und Mittleren Ostens haben sollte.

Seit die EU ihren Integrationsprozess im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) auf das Feld der äußeren Sicherheit ausgeweitet hat, bemüht sie sich um eine sicherheitspolitische Programmatik nach US-amerikanischem Muster, die erstmals 2003 in der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) ihren Ausdruck gefunden hat. Wie in der NSS werden Terrorismus und die Proliferation von Massenvernichtungswaffen als Hauptbedrohungen genannt, ferner Gescheiterte Staaten und Organisierte Kriminalität sowie regionale Konflikte, wobei hier eher die europäischen Nachbarregionen gemeint sind und keine weltweite Zuständigkeit reklamiert wird. Dabei setzt die EU stärker auf die Karte des Multilateralismus und misst der zivilen neben der militärischen Konfliktbearbeitung einen höheren Stellenwert bei. Hinzu kommt, dass die europäischen Armeen viel weniger als die US-Armee in der Lage sind, die neuen weltweiten Militäreinsätze auch darzustellen. Bereit der mühsame Umbau der Bundeswehr von einer Panzerarmee zur Landesverteidigung zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee zeigt die Grenze der GASP mit aller Deutlichkeit auf.

Als dritter Ansatz, nicht sicherheits-, sondern friedenspolitisch und humanitär begründet, kamen die Anstrengungen der UNO hinzu. Unter der Ägide des Department of Peace Keeping Operations und gestützt auf Kapitel VII der UN-Charta entsendet die UNO „robuste“ Friedensmissionen, die allerdings immer einen Spagat zwischen idealistischen Zielen und realistischen Interessen der Mitgliedsstaaten, insbesondere der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats, vollführen müssen.

Alle diese Kriege und Militärinterventionen wie ihre Anlässe werden unter dem Sammelbegriff „Neue Kriege“ subsumiert. Ein reflektierter Ansatz, das Phänomen der „Neuen Kriege“ analytisch zu fassen, geht von vier Akteurstypen aus: Rebellen (früher nationale Befreiungsbewegungen genannt), Terroristen, Warlords und Organisiertes Verbrechen, wobei die Grenzen zwischen diesen vier Typen fließend sind. Rebellen und Terroristen verfolgen vorrangig politische Ziele, während Warlords und Organisiertes Verbrechen rein wirtschaftliche Interessen wahrzunehmen suchen. Rebellen und Warlords operieren regional aber ggf. grenzüberschreitend, Terroristen und Organisiertes Verbrechen global. Rebellen und Warlords ersetzen das staatliche Gewaltmonopol, sind wesentliche Ursachen für den Staatszerfall in den fragilen Staaten, Terrorismus und Organisiertes Verbrechen nutzen das staatliche Gewaltmonopol, weil sie in seinem Schatten operieren oder der Symbolik der Anschläge auf dieses Gewaltmonopol einen hohen Wert beimessen. Basis aller vier Akteursgruppen ist die internationale Schattenwirtschaft aus Drogenhandel, Waffenhandel, Piraterie, Kidnapping, Menschenhandel, Geldwäsche etc., über deren Umfang nur spekuliert werden kann. Schätzungen sprechen von bis zu einem Drittel der legalen Weltwirtschaft. Alle diese Akteure verbindet der Zwang zur Kooperation. Rebellen, Warlords oder Terroristen benötigen Einnahmen, um ihre Aktivitäten zu finanzieren, die wiederum die Kontrolle über wirtschaftlich interessante Ressourcen

(z.B. Mohnfelder oder Diamantenvorkommen) verlangen. Um diese Ressourcen zu Geld zu machen, benötigen sie das Organisierte Verbrechen, das auch die Machtmittel (z.B. Kleinwaffen) zur Kontrolle der Ressourcen liefert. Das Organisierte Verbrechen braucht Partner, um überhaupt Geschäfte machen zu können. Global operierende Terroristen benötigen lokale Rückzugsräume und Trainingslager, die ihnen Warlords oder Rebellen zur Verfügung stellen können.

Auch die Staaten oder Internationalen Organisationen, die die neuen Gewaltakteure bekämpfen, befinden sich in einer Gemengelage von Interessen interventionsbereiter und interventionsverweigernder Akteure, bei denen sich normative Ziele mit sicherheitspolitischen Erwägungen, Unilateralismus mit Multilateralismus, zivile mit militärischen Ziele mischen. Dies wird nur verständlich, wenn man sich die Ausdifferenzierung des Staatensystems seit Ende des Ost-West-Konflikts vor Augen hält. An der Spitze steht die eine Supermacht, deren weltweites Agieren zwischen der reinen Wahrnehmung US-amerikanischer Interessen und der Orientierung am internationalen Gemeinwohl im Sinne des benevolenten Hegemons schwankt. Darunter lassen sich idealtypisch drei Staatengruppen unterscheiden, die als moderne, postmoderne und prämoderne Staaten bezeichnet werden, wobei auch hier die Grenzen fließend sind. Moderne Staaten sind die klassischen Nationalstaaten, die Gewicht auf die Behauptung ihrer Souveränität legen, wobei Souveränität immer doppelt gemeint ist. Souveränität nach außen heißt, dass die Unterordnung unter eine andere Macht grundsätzlich abgelehnt wird und die Abgabe von Souveränität an internationale Organisationen nur in sehr begrenztem Umfang akzeptabel ist. Souveränität nach innen heißt, dass die Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates strikt abgelehnt wird. Deshalb sind diese Staaten auch grundsätzlich reserviert bei beabsichtigten Interventionen gegenüber Dritten, um keine Präzedenzfälle zu schaffen. Zu dieser Gruppe gehören große Staaten wie

China, Russland, Indien, Brasilien, Iran oder Japan aber auch kleinere Staaten wie etwa Israel oder die Schweiz. Soweit sie machtpolitisch in Konkurrenz zu den USA treten, haben sie unter dem Akronym BRICs (Brasil, Russia, India, China) bereits ein gemeinsames Label gefunden.

Postmoderne Staaten sind die Mitglieder der EU, die eher multilateral agieren und in erheblichem Maße Souveränität an die europäischen Institutionen abgetreten haben. Der Multilateralismus wird von den alteuropäischen Kernländern allerdings bereitwilliger verfolgt als etwa von Großbritannien, das trotz EU die besondere Nähe zu den USA sucht, oder den osteuropäischen Neumitgliedern, denen es schwerfällt, die der Sowjetunion abgerungene Souveränität schon wieder an „Brüssel“ abzugeben.

Prämoderne Staaten sind solche, die erhebliche Einbußen an Souveränität hinnehmen müssen, nicht als Folge freiwilligen Verzichts, sondern als Folge der Aktivitäten der neuen Gewaltakteure, des daraus resultierenden Staatszerfalls und der darauf reagierenden Intervention von außen. Zu dieser Gruppe gehören die vielen fragilen Staaten in Afrika südlich der Sahara, aber auch in Zentralasien (Afghanistan, Pakistan) oder in Lateinamerika (Haiti, Kolumbien). Soweit hier militärische Interventionen erfolgen, werden diese von den postmodernen Staaten des Typs 2 (eher humanitär motiviert) oder den USA (eher sicherheitspolitisch motiviert) getragen, während die modernen Staaten des Typs 1 zurückhaltend bis ablehnend agieren. Vor dem skizzierten Hintergrund wachsender Differenzierung des Staatensystems stellt sich die Frage, ob nicht die „Neuen Kriege“, die 15 Jahre lang die Welt in Atem hielten, wieder in den Hintergrund treten und wir eine Rückkehr zu alten Großmachtkonflikten erleben.

Der Kaukasus-Konflikt, gerade die jüngste russische Militärintervention in Georgien und die westlichen Reaktionen, wurden bereits, wenn auch vielleicht überzogen, als Rückkehr des Ost-West-Konflikts interpretiert. Hintergrund ist auf jeden Fall, dass Russland in der Ära Putin die chaotischen Jahre der Jelzin-Ära hinter sich gelassen, zu neuer Stabilität gefunden und sich auch wieder wirtschaftlich konsolidiert hat. Das Land verzeichnet hohe Wachstumsraten, so dass der Einbruch nach 1990, der bis zum Tiefpunkt des Jahres 1999 die Wirtschaftsleistung halbiert hatte, ausgeglichen und mittlerweile das alte Wirtschaftsniveau nahezu verdoppelt wurde. Rußlands Wachstum basiert in starkem Maße auf dem Rohstoffsektor. Als mit Abstand größtes Land der Erde verfügt es über eine nahezu komplette Ausstattung mit Rohstoffen in solchen Mengen, dass es davon einen großen Teil exportieren kann. Hinzu kommt, dass die Rohstoffpreise auf den Weltmärkten seit etwa fünf Jahren regelrecht explodiert sind. Hintergrund ist der enorme Rohstoffbedarf der neuen Industrieländer in Asien, der durch eigene Förderung nicht annähernd gedeckt werden kann. Nicht zufällig sind Rohstoffkonzerne die großen Akteure der russischen Volkswirtschaft und ein wichtiger Machtfaktor. Wirtschaftliche Konsolidierung heißt wachsende Staatseinnahmen und damit die Möglichkeit, das russische Militär wieder zu konsolidieren, das seit 1990 den größten Machtverfall hatte hinnehmen müssen.

Alles zusammen schlägt sich in einem neuen russischen Selbstbewusstsein nieder. Die in den letzten 15 Jahren verlorenen Positionen in Europa und Asien sollen zurückgewonnen werden. Der Kern der russischen Militärmacht, die Nuklearstreitkräfte, sind nach wie vor vorhanden. Vorrangiges Ziel, ist die Expansion der NATO in Osteuropa und die amerikanische Militärpräsenz in Zentralasien einzudämmen. Warum der Kaukasus die Region ist, in der Russland militärisch besonders hart eingreift, lässt sich geopolitisch erklären. Die Region des Kaspischen Meeres wird künftig neben dem Persischen Golf der zweite große

Energielieferant für die Welt sein. Das Kaspische Meer ist im Unterschied zum Persischen Golf ein Binnenmeer. Der Abtransport von Gas und Öl muss durch Pipelines erfolgen, als deren Endpunkte sich Häfen am Schwarzen Meer, am Mittelmeer und am Persischen Golf anbieten. Statt wie zuvor nur zwei Anrainer, Sowjetunion und Iran, gibt es jetzt mit Aserbeidschan, Turkmenistan und Kasachstan drei weitere. Hinzu kommt die Trassenführung durch Drittländer (Türkei, Georgien, Armenien, Usbekistan). Neben den Förderländern sind in den letzten 15 Jahren mit den amerikanischen und chinesischen Energiekonzernen neue mächtige Akteure aufgetreten, die große Investitionen in Prospektierung, Förderung und Pipelinebau getätigt haben. Die Karte der vorhandenen und geplanten Öl- und Gasleitungen zeigt, dass das Gebiet rund um das Kaspische Meer die am dichtesten vernetzte Region auf der Welt ist. Resultat ist ein Interessenkonflikt zwischen Förderländern, Durchleitungsländern, Investoren und Abnehmern um den Verlauf der Trassen, weil damit Zugangsrechte, Einnahmen und die Möglichkeit, politischen Druck auszuüben, verbunden sind. Russland hat bereits mehrfach unter Beweis gestellt, wie sich Gas als „Waffe“ einsetzen lässt, wie das zu früheren Zeiten die OPEC mit Öl versucht hat. Während amerikanische Investoren bestrebt sind, bei der Trassenführung russisches Gebiet zu umgehen, was die Kooperation mit Armenien und Georgien voraussetzt, muss Russland bestrebt sein, im Kaukasus maßgeblichen Einfluss zu behaupten (Tschetschenien) oder wiederzugewinnen (Georgien).

Ein zweiter, womöglich langfristig schwerwiegenderer Konflikt ist der zwischen den USA und dem neuen Wirtschaftswunderland China. In den 1980er Jahren bestimmte die Diskussion über den „american decline“ die politikwissenschaftliche Zunft. Bereits damals wurde der relative wirtschaftliche Niedergang der USA als Folge des Deindustrialisierungsprozesses diagnostiziert, der wiederum auf den Verdrängungswettbewerb von seitens asiatischer Länder, namentlich Japans, zurückgeführt wurde. Dies

wiederum sei Hintergrund eines relativen Machtverlustes, wobei weniger die Sowjetunion als vielmehr Japan als neuer Herausforderer wahrgenommen wurde. Sogar „The coming war with Japan“ wurde prognostiziert. Dies alles hat sich nicht bewahrheitet. Japan war zwar wirtschaftlich stark, zeigte aber keinerlei militärische Ambitionen, sondern blieb immer im sicherheitspolitischen Kielwasser der USA. Die Diskussion um den „american decline“ verstummte 1990 schlagartig angesichts des zuvor kaum vorstellbaren Zusammenbruchs der Sowjetunion. Macht ist ein relatives Gut.

Mittlerweile ist diese Debatte wieder aufgelebt. Die alten Indikatoren (Doppeldefizit von Haushalt und Handel) sind unverändert, die aktuelle Finanzkrise hat die Diskussion zusätzlich belebt. Geändert hat sich, dass nicht mehr Japan, sondern China als der neue Herausforderer angesehen wird, der ein ganz anderes Kaliber darstellt. Seit Beginn der wirtschaftlichen Öffnung und Liberalisierung des Jahres 1978 weist China über drei Jahrzehnte hinweg Wachstumsraten von etwa 10 Prozent auf, ein welthistorisch einziger Vorgang. Hochrechnungen besagen, dass etwa um das Jahr 2030 das chinesische das amerikanische Sozialprodukt übertroffen haben dürfte. Die industrielle Wertschöpfung dürfte bereits jetzt höher sein. Vermutlich wird China im Jahre 2008 erstmals Exportweltmeister. Umgekehrt zeigen die USA im Finanzsektor, also dort, wo sie jahrelang besonders stark waren, große Schwächen. Das chinesische Wachstum ist in hohem Maße außenhandelsgetrieben. Im Unterschied zu Russland werden aber nicht Rohstoffe, sondern Fertigwaren exportiert, wobei sich keineswegs nur Billigprodukte, sondern zunehmend auch anspruchsvolle Güter im Exportwarenkorb finden. Damit ist China der eigentliche Gewinner der Globalisierung, trägt in besonderem Maße zum Verdrängungswettbewerb in den alten Industrieländern bei. Hinzu kommt der hohe Handelsüberschuss, der zu enormen Währungsreserven geführt hat und China zum bedeutenden Kapitalexporteur gemacht hat. Es tätigt erheb-

liche Auslandsinvestitionen, trägt zur Finanzierung des amerikanischen Doppeldefizits und sogar zur Stabilisierung der Finanzmärkte bei.

China ist aber nicht nur neue Weltwirtschaftsmacht, sondern anders als Japan auch Militärmacht. Auch wenn die chinesischen Militärausgaben noch weit entfernt vom amerikanischen Niveau sind (530 Mrd. US\$ 2007) und die Qualität der chinesischen Rüstung deutlich geringer ist, so bedeutet zehnpromzentiges jährliches Wirtschaftswachstum eine ebensolche Steigerung der Staatseinnahmen und damit auch der Militärausgaben. Offiziell beliefen sich diese auf etwa 50 Milliarden US-Dollar (2007). Die untere Schätzung der tatsächlichen Ausgaben beläuft sich auf das Anderthalbfache, die obere Schätzung auf das Doppelte. China ist mindestens die viertgrößte Militärmacht weltweit, vermutlich aber bereits die zweitgrößte.

Die Tendenz ist eindeutig. China drängt nach vorn, nach Möglichkeit an die Spitze, ob im Sport mit Platz 1 im Medaillenspiegel der Pekingener Olympiade, ob in der bemannten Raumfahrt, in der Exportleistung oder als Finanzier der Weltwirtschaft. Was auch immer es tut - angesichts der Größe des Landes ist es immer viel und hat immer gravierende Auswirkungen weltweit.

Wenn ein Land sich in einem derart raschen Tempo industrialisiert, dann beschleunigen sich auch die gesellschaftlichen Prozesse, die man aus früheren Industrialisierungsprozessen anderer Länder kennt. Chinas Industrialisierung erzeugt einen riesigen Bedarf an Rohstoffen und Energieträgern, der schon lange nicht mehr zu Hause gedeckt werden kann. Seit etwa 2003 steigen die chinesischen Rohstoffimporte rasant, haben wesentlich zu den Preissteigerungen beigetragen, waren aber problemlos zu finanzieren. Industrialisierung ist ferner mit Freisetzung von ländlichen Arbeitskräften verbunden, weil sie zur Mechanisierung und Chemisierung der Landwirtschaft mit entspre-

chenden Produktivitätssteigerungen führt, und steigert, da auf die städtische Agglomerationszentren beschränkt, deren Attraktivität und Arbeitsplatzangebot. Daraus resultieren Migrationsprozesse, bei denen push- und pull-Faktoren ineinandergreifen. Schätzungen sprechen von mehreren 100 Millionen Wanderarbeitern, eine schier unfassbare Industrielle Reservearmee, die noch auf lange Zeit dafür sorgen wird, dass die Löhne in China niedrig bleiben. Im Europa des 19. Jahrhunderts war die Industrialisierung aber nicht nur von Binnenwanderung und Urbanisierung, sondern auch der Massenemigration nach Übersee begleitet.

Die Fragen lauten: **Woher** kommen Chinas Rohstoffe? **Wohin** könnte sich ein Strom chinesischer Auswanderer ergießen? Die Antworten lauten: Nach Afrika südlich der Sahara. Dies ist die einzige Großregion, deren Naturreichtümer noch weitgehend unerschlossen sind und die im Vergleich zu anderen Teilen der Welt noch dünn besiedelt ist. Afrika, bis 1998 nur ein marginaler Außenhandelspartner Chinas, weist tatsächlich seit 2002 ein exponentielles Wachstum im Außenhandel mit China auf. Auch wenn keine präzisen quantitativen Angaben vorliegen, so ist Afrika seit einigen Jahren auch das Ziel einer chinesischen Auswanderung, die schon die Millionengrenze erreicht hat. Um aber Rohstoffe aus Afrika importieren zu können, bedarf es zuvor großer Investitionen in Bergbau und Infrastruktur. Wichtige Partner sind Angola, Südafrika, Sudan, Kongo, Nigeria und Äquatorialguinea. Ähnliches gilt für die Verteilung der chinesischen Direktinvestitionen, wobei hier die alte britische Kolonialzone von der Republik Südafrika über Zimbabwe, Sambia, Tansania, Kenia, Uganda bis in den Sudan die „Entwicklungsschiene“ bildet. Bei genauerem Hinsehen stehen gerade solche Staaten (z.B. sind Zimbabwe und Sudan) auf der chinesischen Agenda, die von seiten des Westens als „Schurkenstaaten“ unter besonderem Druck stehen. China hingegen (Argument s.o.) kümmert sich nicht um Menschenrechtsfragen in anderen Ländern.

Der „Deal“ könnte lauten: Rohstoffe gegen Waffen und politische Unterstützung gegenüber dem Westen, wie das im Sudan ganz offensichtlich der Fall ist.

Wie reagieren die USA? Afrika lag traditionell außerhalb der amerikanischen Interessenssphäre. Hier ließ man die alten Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien gewähren. Das hat sich geändert. Afrika ist seit einigen Jahren auch Rohstofflieferant der USA, wobei andere Länder deren Partner sind als im Falle Chinas. Und Afrika ist auch militärisch relevant geworden. Hier könnte der künftige Schauplatz eines amerikanisch-chinesischen Hegemonialkonflikts liegen. Jedenfalls haben die USA ihren fünf militärischen Regionalkommandos, ein sechstes mit Zuständigkeit für Afrika hinzugefügt. Der Kontinent wurde bislang vom Europäischen Regionalkommando mit Sitz in Stuttgart bzw. vom Pazifischen Regionalkommando mit Sitz in Hawaii mitverwaltet. Die USA sind die einzige Macht, die mit den Regionalbüros des Außenministeriums, den Regionalkommandos des Verteidigungsministeriums und den sieben Flotten die ganze Welt sicherheitspolitisch kartiert haben und eine globale militärische Präsenz zeigten.

Davon ist China noch weit entfernt und beschränkt sich bislang auf Waffenlieferungen an afrikanische Regierungen. Immerhin ist es dabei, die reine Landesverteidigung aufzugeben. Die steigenden Militärausgaben dienen auch der Flottenrüstung inklusive Flugzeugträger. Diese zielt darauf ab, das Südchinesische Meer und die indonesische Inselwelt zu kontrollieren. Hier verlaufen die Wasserstrassen, über die die afrikanischen Rohstoffe aus dem Roten Meer, von der Ostafrikanischen Küste und um das Kap der Guten Hoffnung herum nach China transportiert werden. Es liegt etwa 500 Jahre zurück, als in der Frühphase der Ming-Dynastie China eine große Seemacht war und die Flotten des Admirals Zheng He das Becken des Indiks befuhren, um dessen Anrainerstaaten in das chinesische Tributsystem zu

integrieren, gleichermaßen Instrument zur Reklamierung der chinesischen Oberhoheit wie zur Abwicklung eines staatlich kontrollierten Außenhandels.